

Das Magazin für Politische Bildung

POLIS



Nr. 1 2008

**Demokratie und Partizipation –
soziales und politisches Lernen**

Impressum

Herausgeberin:

Pädagogische Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz
Institut Forschung und Entwicklung
Zentrum für Politische Bildung und Geschichtsdidaktik
Zentrum für Demokratie Aarau

Redaktion: Yvonne Leimgruber, Vera Sperisen (red. Mitarbeit)

Kontaktadresse: info@politischebildung.ch

Fotos: Archiv Pädagogische Hochschule FHNW (soweit nicht anders vermerkt)

Auflage: 4000

Gestaltung: Theo Gamper Grafik, Solothurn

Bezugsadresse:

Pädagogische Hochschule der Fachhochschule Nordwestschweiz
Institut Forschung und Entwicklung
Zentrum für Politische Bildung und Geschichtsdidaktik
Zentrum für Demokratie Aarau
Blumenhalde
Küttigerstrasse 21
5000 Aarau
oder zum Herunterladen
www.politischebildung.ch

Inhalt

FOKUS SCHULALLTAG

- 2 «Es reden nicht nur die grossen Kinder»**
Die beiden Schülerinnen Manuela Mahadevan und Annika Stölken geben Auskunft über ihre Erfahrungen mit Just Community an der Schule Brühl.
- 3 «Lösungen gemeinsam erarbeiten»**
Rosario Carcò ist Vater eines Schülers der Schule Brühl und schildert seine Erfahrungen mit schulischer Mitwirkung von Kindern und Eltern.
- 4 «Eine Arbeit in kleinen Schritten»**
Die Lehrerin Kathrin Thomann über partizipative Schulstrukturen wie Klassen- und SchülerInnenrat, die sie in ihrer Arbeit kennen gelernt hat.
- 5 «Balance zwischen Entscheiden und Beteiligen finden»**
Stefan Künzi gibt Einblick in seine Tätigkeit als Schulleiter in Birnenstorf, das seit langem die Integrative Schulungsform kennt.

WISSENSCHAFT

- Bemerkungen zum demokratiepädagogischen Partizipationsdiskurs*
- 6 «Immer stimmt etwas nicht»**
Roland Reichenbach stellt in seinem Beitrag kritische Fragen an die Partizipation, hält sie aber trotz Mängeln für erstrebenswert.
- Eine Chance für schulische und gesellschaftliche Integration*
- 10 Dialog mit Migranteltern und -kinder**
Bruno Rütsche betont in seinem Text die Bedeutung einer Zusammenarbeit von Schule, Migranteltern und deren Kindern.
- Beratungsmöglichkeiten für ausländische Eltern und Kinder*
- 13 Die Fachstelle FABIA**
Im Auftrag des Kantons Luzern berät FABIA Schulen, Schulteams, Lehrpersonen und Eltern bei Fragen rund um die Eingliederung von Migrierenden.
- 14 «Mami, in welche Klasse gehst du?»**
Neusa Carvalho Lopes erzählt von dem Deutsch- und Integrationskurs, den sie bei der Beratungsstelle FABIA besucht hat.

PRAXIS

- Ein Bericht aus dem Fachbereich Interkulturelle Erziehung des BKS*
- 15 Schulische Integration Anderssprachiger**
Priska Furrer erläutert, weshalb eine schulische Integrationsförderung durch den Aargau die Zusammenarbeit vieler Beteiligter voraussetzt.
- Mitbestimmung erfolgreich umgesetzt*
- 17 Die Just Community der Schule Brühl in Solothurn**
Matthias Lüthy ist in einem schwierigen Umfeld als Lehrer tätig und hat mit der Just Community gute Erfahrungen gemacht.
- Wie Schulleitungen Teilhabe fördern können*
- 19 Schule und Partizipation**
Karin Frey schildert, welche Aspekte Schulleitungen bei der Einführung oder Ausweitung einer partizipativen Schulkultur beachten sollten.
- 22 «Partizipation erfordert einen Kulturwandel»**
Hildy Marty berichtet von ihrer Arbeit für Mega!phon, einer Zürcher Fachstelle zur Förderung von Partizipation von Kindern und Jugendlichen.

IN EIGENER SACHE

- 24 Ein Zentrum für die Demokratie**
Yvonne Leimgruber gibt Einblick in das neu gegründete Zentrum für Demokratie Aarau, an dem die Pädagogische Hochschule beteiligt ist.
- 25 Veranstaltung «Demokratie und Partizipation»**
Das Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik führt eine Weiterbildungsveranstaltung zu schulischer Partizipation durch.

Editorial

Sie halten die erste Ausgabe von «Polis. Das Magazin für Politische Bildung» in der Hand. Die fortan etwa jährlich erscheinende Zeitschrift wird Themen der Politischen Bildung aufgreifen. Sie soll bei Kindern wie Erwachsenen die Freude an schulischer Partizipation wecken, zur Einmischung ermutigen und zum Aufbau von Urteils- und Handlungskompetenz im Kontext von Schule beitragen. Partizipation ist gleichermassen ein Recht und eine Aufgabe in Schule und Gesellschaft. Autorinnen, Autoren und Interviewte berichten von Chancen, die partizipative Schulmodelle den Lehrpersonen und Schulleitungen eröffnen. Sie zeigen, wie Eltern und Kinder verstärkt schulische Mitverantwortung übernehmen können. Interviewte schildern, wie Sprachförderung und andere Integrationsmittel fremdsprachigen Eltern und Kindern mehr schulische Mitgestaltung ermöglichen. Fachleute der Erziehungsdirektion und der Erwachsenenbildung erzählen von ihrer Arbeit zugunsten einer eigeninitiativen Teilhabe von Kindern, Eltern, Lehrkräften und Schulleitungen. Die Berichte zeugen von der Arbeit, die Partizipation abverlangt, aber auch von der Lust, Teil der gestaltenden Gesellschaft zu sein. Deutlich wird auch, dass die Teilhabe und Teilnahme Aller eines Rahmens und der Regeln bedarf, um ein notwendiges Mass an Handlungssicherheit zu gewähren. Partizipation vieler in der Schule dient vorab den Kindern. Sie ermöglicht zudem allen Beteiligten, die Schule ihrer Kinder in die eigenen Lebens- und Arbeitszusammenhänge zu integrieren. – Ein Sachverhalt, von dem wir wissen, wie entscheidend er für das Wohlbefinden, aber auch für die positive Weiterentwicklung Einzelner und der Gesellschaft ist! In diesem Sinn ist eine partizipativ gestaltete Schullandschaft auch ein Lernort der demokratischen Einmischung und Verständigung, einer Praxis der Partizipation als Grundrecht Aller in Gesellschaft und Staat. Um «Polis» weiterzuentwickeln, freuen wir uns auf Ihre Partizipation: Schreiben Sie uns Ihre kritischen Anmerkungen zur Erstausgabe an: info@politischebildung.ch.

Béatrice Ziegler



Dr. Béatrice Ziegler ist Professorin für Geschichte und Geschichtsdidaktik an der Pädagogischen Hochschule FHNW und leitet das Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik des ZDA.

«Es reden nicht nur die grossen Kinder»

Manuela Mahadevan (12) und Annika Stölken (13) gehen an die Primarschule Brühl in Solothurn, wo seit 1995 mit dem partizipativen Ansatz der Just Community gearbeitet wird.



FOTO: VERA SPERISEN

Für Manuela Mahadevan (links) und Annika Stölken (rechts) gehören Vollversammlungen und Fairnesskomitee zum Schulalltag.

Manuela: «Unsere Schule ist gerecht. Wir dürfen mitbestimmen und unsere Wünsche nennen. Das finde ich gut. Beispielsweise gibt es das Fairnesskomitee. Jede Klasse wählt einen Häuptling, der bei Streit eingreifen und schlichten muss. Wenn er nicht weiter weiss, kommt er mit seinem Problem zum Fairnesskomitee. Dort treffen sich die Häuptlinge aller Klassen, um schwierige Fälle zu diskutieren. Wir hatten beispielsweise einen Fall, wo ein Kind beschimpft, ausgelacht und geschlagen wurde. Fast von der ganzen Klasse. Da war es für den Häuptling natürlich schwierig, etwas zu unternehmen. Deshalb kam er damit zu uns, den anderen Fairness-Komitee-Kindern. Wir haben diskutiert und

«Wir diskutieren gerade das Thema fairer Kampfplatz.»

Vorschläge ausgearbeitet. Für die ganze Klasse und auch für den betroffenen Schüler, damit er sich selber wehren lernt.»

Befragen, Aushandeln, Umsetzen

Annika: «Beim SchülerInnenrat diskutieren wir gerade das Thema «fairer Kampfplatz». Alle Klassen wurde gefragt, was sie gerne auf dem Pausenplatz hätten. Die meisten wollten einen fairen Kampf-

platz. Jetzt diskutieren wir, ob wir das machen wollen, wo und wie. Es gibt auch Themen, die von den Lehrern abgelehnt werden. Zum Beispiel waren sie gegen das Kaugummi kauen – wir Schülerinnen und Schüler waren dafür. Auch der «faire Kampfplatz» ist bei den Lehrern noch nicht durch...»

Manuela: «Der SchülerInnenrat findet während der Unterrichtszeit statt. Und es können alle mitmachen, die wollen. Weil es letztes Jahr zu viele Kinder waren, haben wir entschieden, dass nur noch zwei pro Klasse dabei sein sollen. Ganz am Anfang war ich schon etwas ängstlich, dort etwas zu sagen. Aber das war schnell vorbei. Es reden auch nicht nur die grossen Kinder. Je nach Thema sagen die kleinen Kinder mehr.»

Vollversammlungen: Voll dabei

Annika: «Wichtig für das Mitreden sind auch die Vollversammlungen: Es geht um uns und um die Schule. Denn es gibt auch andere Dinge, die wichtig sind – nicht nur das Lernen. Eine Vorbereitungsgruppe schreibt Texte zu Themen, die dann in der Aula vor allen anderen Kindern vorgelesen werden. Zum Beispiel über Gangregeln, über Abfall oder über Strafen. Wann es diese geben und wie sie ausfallen sollen. Es macht Spass, vorne mit dem Mikrophon zu sprechen. In Gruppen werden dann die Vorschläge diskutiert. Die Vorbereitungen für die Vollversammlung und die Rückmeldungen der anderen Kinder sind spannend. Es gibt einige Schüler – vor allem Jungs –, die nicht so gerne an die VV's gehen; aber in der Gruppe ist es dann doch meistens lustig.»

Mehr Informationen zur Schule Brühl im Artikel von Matthias Lüthy, S. 17–18.

Aufgezeichnet: Vera Sperisen

«Lösungen gemeinsam erarbeiten»

Rosario Carcò ist Systemingenieur und Gymnasiallehrer. Sein Sohn Livio (12) besucht die Primarschule Brühl in Solothurn, welche mit dem partizipativen Ansatz der Just Community arbeitet und auf das Mitwirken der Eltern am schulischen Leben Wert legt.

«Für Livio sind Vollversammlungen und SchülerInnenrat etwas Alltägliches. Ich persönlich bin absolut dafür, dass Zehnjährige sich einbringen und ihre Meinung sagen. Es geht in erster Linie darum, dass die Möglichkeit zum Mitreden existiert. Das «Mitmachen können» ist ein Wert, der schwer gemessen werden kann, der aber dennoch wichtig ist. Die Kinder lernen demokratische und soziale Prozesse von innen kennen und spüren, dass sie ernst genommen werden. Das prägt das schulische Klima stark. Ich höre Livio nie über die Schule schimpfen, sein Alltag gefällt ihm.

Lernen und Leben im Dialog

Die offenen Strukturen, die mit den Kindern gepflegt werden, sind auch im Umgang mit den Eltern spürbar. Ich habe den Eindruck, dass wir mit eigenen Anliegen

«Ich höre Livio nie über die Schule schimpfen.»

in der Schule auf offene Ohren stossen. Seit Livio in die erste Klasse eingetreten ist, hat zwischen uns Eltern und der Schule ein Dialog begonnen, der bis heute andauert. Auch bei ausser-schulischen Fragen, wie etwa der Quartiergestaltung, sind wir im Gespräch. Im Moment läuft ein Projekt zur verkehrs- und wohn-technischen Aufwertung dieser Gegend, in welchem Schule, Ortsansässige und lokale Firmen mitarbeiten. Das ist mehr als eine herkömmliche Schule-Eltern-Vernetzung: Es geht um das alltägliche Zusammenleben. Auch die Elternabende sind ein bisschen anders. Es geht zwar um übliche Themen, zum Beispiel um laute Kinder, die den Unterricht stören. Die Lösungen dieser Probleme werden jedoch gemeinsam erarbeitet. So



FOTO: VERA SPERISEN

Rosario Carcò, Vater des zwölfjährigen Livio, schätzt die partizipative Schulstruktur der Schule Brühl.

haben wir am Elternabend Faktoren zusammengetragen, welche für das unruhige Verhalten der Kinder verantwortlich sind. Später wurden gemeinsam Massnahmen beschlossen, mit denen wir Eltern ohne grossen Aufwand etwas bewirken können. Die offene Kultur der Schule zieht sich offensichtlich bis in die Elternabende hinein.

Kulturelle Begegnungen als Chance

Ich wertschätze diese Schulkultur sehr. Es gibt aber auch Kritik. Leute, die bemängeln, dass die Schülerinnen und Schüler stofflich nicht so weit kommen. Mir scheint dies ein schwieriges Abwägen. Was ist besser: Wenn sie ein grosses Fachwissen haben, oder wenn andere Kompetenzen gefördert werden? Die Kinder haben vieles gelernt, was ihnen an anderen Schulen

vielleicht fehlen würde. Nicht zuletzt dank dem Umstand, dass die Klassen eine hohe kulturelle Durchmischung aufweisen. Stellen Sie sich vor, wir Europäer sind bereit, teure Flüge und Hotels zu bezahlen, um fremde Länder zu bereisen. Aber oft merken wir nicht, dass im Schulhaus, im Quartier nebenan diese fremden Kulturen gelebt werden. Ob Livio genug von allem im Gepäck hat, werden wir im Frühjahr 2008 sehen, wenn die Prüfungen für den Übertritt an die Oberstufe anstehen.»

Mehr Informationen zur Schule Brühl und der Just Community auf S. 17–18.

Aufgezeichnet: Vera Sperisen

«Eine Arbeit in kleinen Schritten»

Kathrin Thomann ist seit Herbst 2006 Lehrerin an der Schule Landtorf in Köniz (BE), einem Zentrum für Sozial- und Heilpädagogik, wo sie mit partizipativen Schulstrukturen wie Klassen- und SchülerInnenrat Erfahrung gesammelt hat.



FOTO: VERA SPERISEN

Die Primarlehrerin Kathrin Thomann beobachtet neben echten Beteiligungsmöglichkeiten für Schulkinder auch Pseudopartizipation.

«In meiner kürzlich abgeschlossenen Ausbildung zur Lehrerin war Partizipation kein Kernthema. Sogar dort, wo partizipative Unterrichtsmodelle thematisiert worden sind, standen die Aktivierung der Kinder und die spannende Gestaltung der Lektionen – also die Didaktik – im Vordergrund. Ich finde, Partizipation ist für die persönliche und soziale Entwicklung der Kinder grundlegend.

Unsinniges und Sinnvolles

Die wichtigsten Ziele der Schulbildung – Sach-, Sozial- und Selbstkompetenz – sind ohne die Fähigkeit mitzureden und

Entscheidungen zu tragen nicht umsetzbar. Trotzdem habe ich als Lehrerin keine Vorgaben, mit welchen Kompetenzen die Schülerinnen und Schüler auf ihrer Schulstufe gerüstet sein sollen. Dadurch, dass alle Lehrpersonen, über die gesamte Schulzeit hinweg, sich um diese Fähigkeiten kümmern sollten, fallen sie je nachdem schnell unter den Tisch. SchülerInnen- und Klassenräte sind zwar schön und gut, aber die Gefässe allein genügen nicht. Wenn dort an Themen gearbeitet wird, die nicht an die Lebenswelt der Kinder anknüpfen, fehlt vielfach die Motivation zum Engagement. Zudem spielt auch der

Entwicklungsstand der Einzelnen eine wichtige Rolle. Ich habe oft mit Kindern zu tun, die soziale Aushandlungsprozesse nicht kennen. Da arbeite ich in kleinen Schritten. Das beginnt schon bei selbstständigen Gruppenarbeiten: Beispielsweise damit, dass Konflikte nicht mit Faustrecht gelöst werden sollen.

«Mein Unterricht darf kritisiert werden.»

Selbstkritik als Voraussetzung

Ausschlaggebend für die Vertrautheit mit demokratischen Prinzipien ist häufig der soziale Hintergrund der Kinder und der damit verbundene Erziehungsstil der Eltern. Denn Partizipation muss und kann gelernt werden. Und zwar auf verschiedenen Ebenen, von der schulischen über die Klassen- bis hin zur individuellen Ebene. Die letzte scheint mir dabei fast die wichtigste – oder zumindest die Basis. Dass die Schülerinnen und Schüler selbstständig arbeiten und sich selbst reflektieren lernen. Dort, wo Kinder ihre Meinung sagen, können natürlich auch ich und mein Unterricht in Kritik geraten. Das gehört dazu. Wichtig ist mir dabei, dass die Kinder das Gesagte mit Argumenten begründen lernen. Grosse Bedeutung hat auch die gute Zusammenarbeit innerhalb des Lehrerkollegiums. Denn wenn die verschiedenen Unterrichts- und Erziehungsstile zu stark voneinander abweichen, kann es schwierig werden. Das Bild von Lehrpersonen, die sich immer im Recht sehen und nicht bereit sind, Schülerinnen und Schüler am Schulbetrieb mitreden zu lassen, ist wohl noch vielerorts präsent.»

Aufgezeichnet: Vera Sperisen

«Balance zwischen Entscheiden und Beteiligten finden»

Stefan Künzi ist in Birmenstorf als Schulleiter und als Reallehrer tätig. Birmenstorf hat vor 13 Jahren aus eigener Initiative das Modell der integrativen Schulungsform eingesetzt.

«Aufgrund der langjährigen Erfahrung mit der integrativen Schulungsform ist Partizipation grundlegend für unsere Schulkultur. Noch vor Einführung der Schulleitungen (SL) haben wir in Zusammenarbeit mit der Schulpflege ein Verständnis von «guter Schule» entwickelt. 1999 wurde ein Elternrat initiiert, denn die Eltern wollen für die Schule Beiträge leisten. Fünfmal pro Jahr trifft sich dieser Elternrat, die SL kommt an jede Sitzung.

Zur Zusammenarbeit gehört Abgrenzung. Der Elternrat darf Fragen zum Unterricht stellen oder Vorschläge anbringen, hat jedoch keine Entscheidungsbefugnis auf die konkrete Unterrichtsgestaltung. Diese Abgrenzung ist wichtig: Die Arbeit von Lehrpersonen, SL und Schulpflege darf hinterfragt werden, diese bestimmen aber schlussendlich als Fachleute selber. Auf ihre Kinder bezogen, können die Eltern bei regelmässigen Gesprächen mitreden. Einzelne Eltern-Arbeitsgruppen organisieren Projekte und Anlässe oder arbeiten konzeptionell mit. Mehrmals im Jahr bieten Eltern und Lehrpersonen den Schülerinnen und Schülern Wahlfachkurse an, was bei den Kindern auf riesige Zustimmung stösst. Eltern, die sich im Rat engagieren, übernehmen Verantwortung, vermitteln bei schwierigen Klassen und sind eine Plattform für Eltern, die sich sonst nicht melden würden. Bei Elternabenden und wenn nötig bei Elterngesprächen bin ich als Schulleiter anwesend und greife in schwierigen Fällen ein. Dabei muss ich zwischen berechtigten Anliegen der Eltern und Übergriffen in die Kompetenzen der Lehrpersonen unterscheiden.

Zeit und Herzblut

Zur Qualitätsentwicklung haben wir Qualitäts-Gruppen eingesetzt. Das schulische Leitbild ist zwar fix, die in den Gruppen engagierten Lehrpersonen bestimmen aber ihre Ziele und Feedbackthemen selbstverantwortlich. Ende Schuljahr tauschen wir



FOTO: YVONNE LEIMGRUBER

Stefan Künzi, Schulleiter Birmenstorf: Partizipation bedeutet auch Abgrenzung der Aufgaben.

«Alle müssen bereit sein, sich zu engagieren.»

uns darüber aus. Für jeweils drei Jahre setzen wir ein Schulprogramm fest. Während zwei sehr demokratischen Teamsitzungen analysieren alle Lehrpersonen und ich gemeinsam das Vergangene und erarbeiten Vorschläge für das neue Programm. Bis jetzt hat sie die Schulpflege immer gutgeheissen.

Als Schulleiter ist es herausfordernd, die Balance zwischen Entscheiden und Beteiligten zu halten. Mein Ziel ist, die Lehr-

personen möglichst stark zu beteiligen, doch manchmal sind Vorgaben oder klare Beschlüsse nötig. Ich habe gelernt, dass ich bei Uneinigkeiten Entscheidungen fällen muss, ohne allzu lange zuzuwarten. Der zeitliche Aufwand für alle Beteiligten ist bei einer Schule mit so hoher Partizipation gross. Alle müssen bereit sein, sich zu engagieren. Eine Herausforderung für mich ist, dass ich nicht zuviel wollen darf. Denn es kommt enorm auf die Umsetzung der einzelnen Leute an. Das funktioniert nur gut, wenn alle hinter der Schulphilosophie stehen. Diese grosse Selbstverantwortung ist qualitätsfördernd.»

Aufgezeichnet: Yvonne Leimgruber

Bemerkungen zum demokratiepädagogischen Partizipationsdiskurs

«Immer stimmt etwas nicht»

Roland Reichenbach **Partizipation auf den Prüfstand: Kaum hinterfragt, stösst sie seit Jahren auf breite Zustimmung. Tatsächlich aber sollte man kritische Fragen an sie richten – und sie trotz offensichtlicher Mängel weiter anstreben.**

Demokratie lernen und leben» heisst das beachtliche Programm der Bundesländer-Kommission in Deutschland, mit welchem auch ein Vorstoss in Richtung «Demokratiepädagogik» initiiert worden ist. Beim Namen des Programms handelt es sich um einen griffigen Slogan, der spontane Zustimmung erheischt. Denn «Demokratie», «lernen» und «leben» haben einen guten Ruf. Seit John Dewey Demokratie auch als Lebensform ausgewiesen hat, scheint es ganz «natürlich» zu sein, dass Demokratie nicht nur «gelernt», sondern auch «gelebt» werden könne. Damit sind meist Aktivitäten gemeint, die – im pädagogischen Bereich – etwa mit dem «Schulleben» gleichgesetzt werden und auf Beteiligung und Mitgestaltung von Schülerinnen und Schülern an Entscheidungsprozessen, Herstellungsprozessen und Prozessen der Auseinandersetzung zielen. Gibt es relativ viele Möglichkeiten zu solcherlei Aktivitäten, so spricht dies für ein günstiges oder eben (moralisch) gutes «Schulleben». So steht auf der einen Seite die gute, demokratiepädagogisch geprägte Schule, auf der anderen die schlechte, demokratisch defizitäre Schule. Erstere bewirke idealerweise eine «nachhaltige Partizipation», wonach Schülerinnen und Schüler «sich über ihre Schulzeit hinaus aktiv in Staat und Zivilgesellschaft zu engagieren» hätten (Sliwka 2005, S. 6).

Diffuses Ideal

Der vor gut einem Vierteljahrhundert besonders ausgeprägte pädagogische Partizipationsdiskurs hat in den letzten Jahren erneut zugenommen. Insgesamt

ist der zeitgenössische Partizipationsdiskurs bedenklich oberflächlich und kaum konträr. Im Unterschied dazu diskutierte die deutschsprachige kritische Erziehungswissenschaft der späten 1960er und dann vor allem der 1970er Jahre Diskursivität als Erziehungskriterium und Diskursfähigkeit als Bildungsziel sowie Schülerbeteiligung an Entscheidungsprozessen theoretisch

Der zeitgenössische Partizipationsdiskurs ist bedenklich oberflächlich.

und analytisch sehr differenziert (z.B. Hoffmann 1978). Während man sich vor ein paar Jahrzehnten vor Partizipation eher fürchtete, erntet sie heute allgemeine Zustimmung. Dies macht stutzig: Was bedeutet es für die Möglichkeit des politischen Lebens und für die Politische Bildung, wenn man sich vor vermehrter Beteiligung offenbar nicht mehr im Geringsten zu fürchten hat, sondern sie mit Emphase proklamieren kann?

Im Rahmen der von der Bertelsmann-Stiftung (Bertelsmann-Stiftung 2005) finanzierten und gross angelegten Partizipationsstudie schreiben beispielsweise Fatke und Schneider nicht wenig empathisch: «Junge Menschen sollen sich aktiv und informiert in die Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens einbringen

Partizipation erfordert die Bereitschaft, aufeinander einzugehen und einander zuzuhören.

können, indem sie in allen sie betreffenden Belangen mitwirken, mitentscheiden und Verantwortung übernehmen. Die aktive Mitwirkung fördert die Persönlichkeitsbildung und das politische Bewusstsein und dient der sozialen Integration und der Erziehung zur Demokratie. Dabei spielt die Partizipation im Gemeinwesen eine vorrangige Rolle, denn dies ist das wichtigste gesellschaftliche und politische Hand-





lungsfeld, in dem sich entscheidet, welche Einstellungen junge Menschen zur Politik im Allgemeinen und zur Demokratie im Besonderen erwerben» (S. 5).

Es wäre ein lustvolles Unterfangen, solche – für den demokratiepädagogischen Diskurs typischen und letztlich auch unterstützendwerten – Sätze genauer ins Auge zu fassen und sie mit der «Dummheit als Methode» zu befragen: (i) Zunächst ist es

**Es ist wenig
aufrichtig,
Partizipation so
positiv und
wirkungsstark
vorzustellen.**

ja immer gut, wenn man sich «aktiv» beteiligt und nicht etwa nur «passiv», die «passive Mitwirkung» kommt in der Partizipationslyrik nicht vor. (ii) Dann ist es schön, dass sich die jungen Menschen «in allen sie betreffenden Belangen» einmischen dürfen, ja «sollen»! In «allen sie betreffenden Belangen» würden wohl auch viele Erwachsene «mitwirken, mitentscheiden und Verantwortung übernehmen» wollen, aber

sie haben offenbar gelernt, dass dies nicht möglich ist. Nur die jungen Menschen, die sollen es noch glauben. Sie sollen ihren politischen Selbstwirksamkeitsglauben so weit als möglich – in «allen sie betreffenden Belangen» – ausweiten. (iii) Die aktive Mitwirkung diene darüber hinaus auch der Persönlichkeitsbildung. Demokratie ist also nicht nur eine Staatsform, eine Gesellschaftsform und eine Lebensform, sondern auch eine persönlichkeitsbildende Kraft! (iv) Und schliesslich scheint klar zu sein, dass «aktive Mitwirkung» jeweils zu einer besonders günstigen Einstellung zu Demokratie und Politik führen würde. Kurz: Die «aktive Mitwirkung» wird offenbar als Wert an sich gehandelt und die (Begründetheit der) Ziele und (Legitimität der) Mittel dieser Mitwirkung interessieren erst in zweiter Linie. Zunächst ist es einfach gut, dass junge Menschen «aktiv» sind...

Viel zu positives Verständnis

Allerdings merkt man, dass die Qualität eines solchen Diskurses nicht gerade ausgeprägt ist. Es gehört zu den wenig aufrichtigen Seiten des pädagogischen Diskurses, Partizipation so eindeutig positiv und wirkungsstark vorzustellen und die Ermöglichungsbedingungen der Beteiligten und ihre jeweilige infrastrukturelle, zeitökonomische, rechtliche und legitimatorische Situation nicht kritisch auszuleuchten. Mit den hartnäckigen Nachfragen schrumpft die fröhlich-bunte Partizipationsblase schnell auf die Grösse eines kleinen, aber nicht völlig unattraktiven Ballons des willigen Mitmachens zusammen. Das ist auch der Grund, warum bestimmte demokratiepädagogische Projekte vor allem bei Kindern im Grundschulalter besonders taugen, während sie auf Sekundarstufe I und II nur ausnahmsweise, nur auf freiwilliger Basis und nur in exklusiven Bereichen erfolgreich sind. Ein 18-jähriger Gymnasiast beispielsweise ist nicht primär an der Gestaltung des Pausenhofes interessiert, sondern daran, dass und wie er

Wirkliche Mitbestimmung ist eine Herausforderung für alle Beteiligten und kann ganz schön konfrontativ sein.



in einem Jahr die Matura schafft, wiewohl er vielleicht im Schulchor mit Begeisterung mitmacht und sich auf das Abschluss-theater und die Maturareise freut. Politische schulische Partizipation gibt es für ihn nur in wenigen schulischen Belangen, die ihn und seine Zukunft tatsächlich betreffen und auf die er realistischerweise nur wenig Einflussmöglichkeiten hat. Das stört ihn vielleicht dennoch wenig, im Gegensatz zu den demokratiepädagogischen Diskurszumutungen, mit welchen das Gegenteil suggeriert wird.

Kurz: Erziehung und Unterricht als eine Pädagogik der Teilhabe zu konzipieren (Liebau 1999) bedeutet leider meist, das Konzept der Partizipation einseitig positiv zu benützen. Soll es aber begrifflich gefasst werden, wird seine Unzulänglichkeit erkennbar. So kommt die Analyse zu einem begrifflichen Dilemma: Ohne tatsächliche Mitbestimmung ist «Partizipation» ein politisch und demokratiepädagogisch zahnloses Konzept. Soll sie aber in asymmetrischen Konstellationen zum Zuge

kommen, also bei Entscheidungsprozessen zwischen ungleichen Partnern, werden neben den positiven Seiten, die solche Interaktionen und Sozialformen aufweisen, drei Phänomene erkennbar: (1) Dass der Partizipationswunsch der von Entscheidungen Betroffenen nicht immer ausgeprägt ist, (2) dass sich immer wieder informelle Führungsgruppen bilden und (3) dass insbesondere im pädagogischen Feld eine weit verbreitete Pseudo-Partizipation anzutreffen ist. Dieses von Carole Pateman beschriebene Phänomen (Pateman 1970) wird im demokratiepädagogischen Diskurs grosszügig ignoriert. Man kann es drehen, wie man will: Erstens muss immer wieder konstatiert werden, dass eine Minderheit offensichtlich gar keinen Partizipationswunsch besitzt, sei es, weil die (befürchteten) Diskussionen und Kommunikationen als lästig und überflüssig empfunden werden, sei es, weil über die «wichtigen» Dinge gar nicht entschieden werden kann. Zweitens macht sich häufig das Phänomen bemerkbar, dass scheinbar partizipative

Wollen Sie sich zu diesem Beitrag äussern?

Gerne greifen wir Ihren Kommentar auf und veröffentlichen ihn unter www.politischebildung.ch.

Anlässlich der Tagung «Demokratie und Partizipation» (vgl. S. 25) können Sie den Autoren zudem persönlich ansprechen. Kontakt: info@politischebildung.ch



Kommunikationsformen durch informelle «Oligarchien» gesteuert werden, durch einzelne Gruppenmitglieder also, die offenbar mehr zu sagen haben als andere. Erzwungene oder pädagogisch geförderte Partizipation führt also keineswegs immer zu vermehrter Egalität, sondern vielmehr

Die Ambivalenz der Partizipation muss ertragen werden.

häufig zu vermehrter Subtilität der alten und neuen Machtverhältnisse. Drittens trägt ein grosser Teil dessen, was zwischen Ungleichem unter dem Label «Partizipation» praktiziert wird, Züge der Pseudo-Partizipation – die Entscheidungen sind eigentlich schon gefällt (Reichenbach 2006, S. 58f).

Partizipation trotz allem

Abschliessend die eher positive Botschaft: Trotz der mehr oder weniger ironischen Konsequenzen einer überstrapazierten und gut gemeinten Partizipationspraxis sind diese und andere negative Punkte gegenüber den Konsequenzen einer zu geringen oder gar fehlenden Partizipationspraxis m. E. viel weniger gewichtig. Es mag im Einzelfall besser sein, eine notwendige Entscheidung ohne jeden Diskurs und ohne jede Partizipation zu fällen und durchzusetzen als eine verlogene Miteinanderredenveranstaltung in Gang zu bringen, die letztlich der Sache und den Beziehungen schadet. Umgekehrt gilt natürlich nicht, dass auf Partizipation meistens verzichtet werden sollte bzw. dass sie nur so weit als wirklich dringend nötig erlaubt und gebilligt werden sollte. Aber Pädagogen, die nur partizipativ sein könnten, wären keine Pädagogen. Und Kinder und Jugendlichen, die alle sie betreffenden Probleme diskursiv lösen könnten, dürften nicht mehr erzogen

werden; sie hätten sich schon längst von ihren Eltern, Betreuern und Lehrpersonen emanzipiert.

Mit einer Pädagogik der Partizipation verhält es sich, um es mit Jaspers zu sagen, also so: Immer stimmt etwas nicht. Manche Kinder bzw. Schülerinnen oder Schüler wollen gar nicht diskutieren, andere setzen sich gegen die schwächeren Willen durch, und schliesslich ist vieles von dem, was beschlossen wird, für manche eine «Mogelpackung» oder irrelevant. Es gehört zur Ironie der Mitbestimmung, diese sehr weit verbreiteten Lästigkeiten dulden zu lernen. Das übergeordnete Ziel einer Pädagogik der Partizipation, ja wenn nicht überhaupt ihr tiefer Sinn, kann deshalb nur lauten: die Ambivalenz der Partizipation ertragen zu lernen (ebd.). Diese pädagogische Pointe gilt es vermehrt zu beachten, mit ihr wird Demokratie in erster Linie als Aufgabe und Aufgegebenes begriffen und erst in zweiter Linie, wenn überhaupt, als Selbstverwirklichungs- und Wirksamkeitsethos.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1950): Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bertelsmann-Stiftung (2005): Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven, Autoren: R. Fatke & H. Schneider, Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung.
- Hoffmann, Dietrich (1978): Kritische Erziehungswissenschaft, Stuttgart: Kohlhammer.
- Pateman, Carole (1970): Participation and democratic theory, Cambridge, Engl.: Cambridge University Press.
- Reichenbach, Roland (2006): Diskurse zwischen Ungleichem. Zur Ambivalenz einer partizipativen Pädagogik, in: C. Quesel & F. Oser (Hg.): Die Mühen der Freiheit. Probleme und Chancen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen, Zürich/Chur: Rüegger, S. 39–61.
- Sliwka, Anne (2005): Vorbild auch für Deutschland: «Education for Citizenship» in England. Beiträge zur Demokratiepädagogik. Eine Schriftenreihe des BLK-Programms «Demokratie lernen & leben» (Hg. V.W. Edelstein & P. Fauser), Berlin: BLK.



Prof. Dr. Roland Reichenbach hat eine Doppelprofessur für Pädagogik an der Universität Basel und der Pädagogischen Hochschule FHNW inne. Politische Bildung ist eines seiner Forschungsgebiete.

Eine Chance für schulische und gesellschaftliche Integration

Dialog mit Migranten- eltern und -kindern

Bruno Rüttsche **Die Zusammenarbeit von Eltern und Schule ist eine wichtige Voraussetzung für Motivation, Lernerfolg und Wohlbefinden der Kinder. Für Familien mit Migrationshintergrund gilt dies in besonderem Masse. Der Einbezug von Migranteneltern in die schulische Arbeit dient zudem der gesellschaftlichen Integration der gesamten Familie.**

Verschiedene Studien haben die Bedeutung der Zusammenarbeit von Schule und Eltern auf die Motivation, die Leistungsbereitschaft und den Schulerfolg der Kinder untersucht und bestätigt (z.B. Rüesch 1999, Neuen-schwander 1999). Die Haltung der Eltern gegenüber der Schule, und welche Bedeutung sie ihr beimessen, beeinflusst auch die kindliche Einstellung. Stimmen die Eltern grundsätzlich mit den schulischen Lernzielen überein und sind sie bereit, mit den Lehrpersonen «am gleichen Strick» zu ziehen, so motiviert dies das Kind und gibt ihm ein grundlegendes Vertrauen, sich der schulischen Lebenswelt und deren Anforderungen zu stellen. Es weiss sich unterstützt und getragen, auch bei allfälligen Krisen und Schwierigkeiten.

Nehmen wir diesen Befund ernst, sollte der Kooperation von Schule und Eltern ein besonderes Augenmerk gelten. Streben wir zudem Chancengleichheit für Lernende mit Migrationshintergrund an, ist die Zusammenarbeit mit deren Familien besonders wichtig. Gelingt diese, können auch diese Kinder auf ihrem schulischen Weg auf elterliche Unterstützung zählen. «Alle anders – alle gleich»; «verschieden und gleichberechtigt»; «anders und gleich an Rechten»: Damit kann die Grundhaltung zusammengefasst werden, die für die Begegnung zwischen Schule und Migranteneltern angezeigt ist. Übereinstimmung besteht grundsätzlich darüber, dass Eltern wie Schule «das Beste» für das Kind anstreben. Doch was damit gemeint ist und wie dies erreicht werden kann, darüber können die Meinungen weit auseinander gehen. Die Suche nach «dem für das Kind

Besten» ist ein Prozess und kann nur gemeinsam angegangen werden. Gelingt es, das Augenmerk auf das Verbindende, auf die gemeinsamen Anliegen und Ziele zu richten, dann wird das Anders-Sein nicht als Problem, sondern als Herausforderung betrachtet (z.B. Schuh 2002, Wogau/Eimmermacher/Lanfranchi 2004, Lanfranchi/Hagmann 1998).

Zwischen Lehrperson und Migranteneltern besteht oft ein Machtgefälle.

Schmerzlicher Lösungsprozess

Für Migranteneltern bedeutet der Eintritt ihrer Kinder in den Kindergarten und in die Schule eine neue Etappe. Sie spüren, dass sich das Kind zunehmend einer ihnen fremden Umwelt anpassen muss, und dass damit eine Hinterfragung oder Entfremdung von der eigenen Kultur, Sprache, Herkunft und Geschichte verbunden ist. Die Eltern sehen die eigene Welt relativiert oder gar in Frage gestellt, was für sie sehr schmerzlich ist. Zudem sind sie geprägt von ihrer Migrationsgeschichte und befinden sich aufgrund ihres Aufenthaltsstatus möglicherweise psychisch und gesellschaftlich in einer belastenden und unsicheren Situation. Sie sind signifikant mehr von Arbeitslosigkeit betroffen als schweizeri-

sche Eltern, sie arbeiten mehr Schicht- und Nacharbeit mit tiefem Lohnsegment. Zugewanderte bewohnen überdurchschnittlich häufig kleine und schlechte Wohnungen in verkehrsreichen Stadtvierteln mit wenigen Spielmöglichkeiten für die Kinder und wenig Grünflächen.

Migranteneltern sollten aber nicht nur «loslassen» können, sondern ihre Kinder in die neue Lebenswelt begleiten und sie dabei wenn möglich unterstützen. Denn dieser Loslösungsprozess und die Konfrontation mit der neuen Kultur können beim Kind zu enormen Spannungen führen. Ohne Dialog von Schule und Migranteneltern bleibt es verstrickt in Loyalitätskonflikte und ohne die Möglichkeit, sich darüber austauschen zu können. Nicht selten trennen Migrantenkinder die Lebenswelten Familie und Schule strikte, weil ein Zusammentreffen der beiden Welten problematisch wäre.

Schulische Integrationsbemühungen sollten daher nicht allein auf das Kind ausgerichtet sein, weil dies Loyalitätskonflikte verstärken kann. Es gilt einerseits von Seiten der Schule dafür zu sorgen, dass sich das Kind mit Migrationshintergrund angenommen weiss. Es soll keine Anteile seiner Persönlichkeit verleugnen oder sich gar seiner sozialen und kulturellen Identität schämen müssen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, ersetzt aber andererseits den Einbezug der Eltern nicht.

Begegnung mit dem Fremden

Zweifellos wird Lehrpersonen viel abverlangt, wenn sie mit Migranteneltern erfolgreich zusammenarbeiten wollen. Gefragt ist eine Grundhaltung des Respekts, der Wertschätzung und der Empathie sowie



Chancengleichheit für Migrantenkinder stellt besondere Anforderungen an alle Beteiligten.

die Bereitschaft, kulturelle Differenzen zu akzeptieren. Lehrperson und Zugewanderte sind meist in unterschiedlichen Lebenswelten zu Hause. Sie unterscheiden sich in ihren Erfahrungen und Vorstellungen, in ihrer Beziehung zu Schule und Bildung und in ihren Werte- und Normvorstellungen.

Der Kontakt mit Migranteneltern ist für Lehrerinnen und Lehrer immer auch eine Begegnung mit dem Fremden. Aufgrund des angenommenen «Anderssein» und der «Fremdheit» des Gegenübers befinden sie sich auf «kommunikativem Glatteis». Wie sich ausdrücken, wie Anliegen einbringen, ohne die Migranteneltern vor den Kopf zu stossen, sie zu verletzen? Wie eine gegenseitige Verständigung über sprachliche, soziale und kulturelle Schranken hinweg erreichen?

Für das Gegenüber ist die Verunsicherung allerdings noch grösser und existenzieller. Migranteneltern müssen sich in einer fremden Sprache über die Situation und die Zukunft ihres Kindes unterhalten, sie befinden sich auf «fremdem Boden» und wissen meist nichts über die Zielsetzung des Gesprächs. Ihre Kenntnis des Schulsystems und entsprechende Erfahrungen sind rudimentär. Somit besteht zwischen Lehrperson und Migranteneltern häufig ein Wissens- und Machtgefälle.

Interkulturelle Dolmetscherinnen und Dolmetscher

In der Zusammenarbeit von Schule und Zugewanderten sind oft ganz konkrete kulturelle Schwierigkeiten zu überwinden.

Migranteneltern und ihre Kinder sind auf die besondere Sensibilität und auf die Bereitschaft der Lehrperson angewiesen, auf sie zuzugehen. Wenn sie sich grundsätzlich akzeptiert, verstanden

und ernst genommen fühlen, können sie der Schule gegenüber eine positive Grundhaltung entwickeln. Kann eine solche Basis gegenseitigen Vertrauens von Eltern und Schule aufgebaut werden, gewinnt das Kind mit Migrationshintergrund «festen Boden» unter den Füßen. Es weiss sich getragen und unterstützt in Schule und Elternhaus.

Für eine professionelle Zusammenarbeit zwischen Schule und Migranteneltern ist

Dialog von Schule und Migranteneltern mindert Loyalitätskonflikte der Kinder.

der Einsatz von interkulturellen Dolmetscherinnen und Dolmetschern unabdingbar. Dies ermöglicht es den Eltern, sich in ihrer Sprache und in ihren Worten auszudrücken und den eigenen kulturellen und sozialen Hintergrund nebst Migrationsgeschichte in das Gespräch einzubringen.

Andererseits kann die Lehrperson ihre Anliegen besser verdeutlichen als ohne Übersetzung. Interkulturelle Dolmetschende bauen Brücken der Verständigung, sie helfen mit, Missverständnisse zu

vermeiden und das mögliche Wissens- und Machtgefälle zu verringern. Sie vermitteln zwischen Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft und ermöglichen die Kommunikation zwischen Migrantenfamilien und Schule.

Kinder als Motor der Integration

Das Loslassen der Kinder in die Lebenswelt Schule birgt für ihre Eltern auch Chancen. Denn neben Ängsten kann damit die

Hoffnung verbunden sein, durch die zunehmende Integration der Kinder in die neue Kultur selber Schritte der Integration zu gehen. Nicht selten entscheiden sich Mütter zu diesem Zeitpunkt für einen Deutschkurs. Sie möchten ihrem Kind in der neuen Lebenswelt eine Stütze sein oder es mindestens darin begleiten (vgl. dazu den anschliessenden Beitrag zur FABIA, S. 13).

So werden Migranteneltern vor allem durch ihre Kinder und deren andere Lebenswelten – Schule und in weit geringerem Masse Freizeit – mit eigenen Zukunftsperspektiven konfrontiert und erhalten die Möglichkeit, ihre eigene Integration zu fördern.

Fazit

Eine gelungene Zusammenarbeit von Schule und Migrantenfamilien unterstützt in entscheidendem Masse die schulische Integration von Kindern mit Migrationshintergrund. Es obliegt der Schule, dieses Verhältnis gut und professionell zu gestalten, auf Migranteneltern wie -kinder zuzugehen und sie auf ihrem Integrationsweg zu begleiten. Dies ist notwendig, um grössere Chancengleichheit für Immig-



Welche Unterstützung brauchen Migrantenkinder, um sich in der fremden Kultur zurechtzufinden?



rantenkinder zu schaffen. Zugleich wird damit die gesellschaftliche Integration der gesamten Familie gefördert.

Literatur

- Lanfranchi, Andrea, Hagmann, Thomas (Hg.) (1998): *Migrantenkinder – Plädoyer für eine Pädagogik der Vielfalt*, Luzern: Edition SZH.
- Neuenschwander, Markus P. (1999): Zur Bedeutung der Eltern für Motivation und Schulerfolg im Jugendalter, in: *Schweizer Schule 10*, S. 3–10.
- Radice von Wogau, Janine, Eimmermacher, Hanna, Lanfranchi, Andrea (Hg.) (2004): *Therapie und Beratung von Migranten. Systemisch-interkulturell denken und handeln*, Weinheim: Beltz.
- Rüesch, Peter (1999): *Gute Schulen im multikulturellen Umfeld*, Zürich: Orell Füssli.
- Schuh, Sibilla (2002): *Von Brücken, Stegen und Wegen in der Zusammenarbeit mit Migranteneltern, zu beziehen über die Autorin, Weinmannngasse 62, 8700 Küsnacht ZH.*



Bruno Rüttsche ist Primarlehrer und Heilpädagoge. In der FABIA ist er zuständig für den Bereich Schule und Bildung.

Beratungsmöglichkeiten für ausländische Eltern und Kinder

Die Fachstelle FABIA

Bruno Rüttsche Die Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern FABIA in Luzern berät im Auftrag des Bildungsdepartements des Kantons Luzern Schulen, Schulteams, Lehrpersonen und Eltern bei Fragen rund um die Eingliederung von Migrierenden.

Im Bereich Schule und Bildung setzt FABIA folgende Schwerpunkte:

Elternarbeit

FABIA bietet verschiedene Module für klassenübergreifende Elterninformationsabende an. Bei diesen Veranstaltungen arbeitet die FABIA mit interkulturellen Vermittlerinnen und Vermittlern zusammen. Sie teilen den Eltern den Hauptteil der Information direkt in ihrer Muttersprache mit und diskutieren mit ihnen die Inhalte in ihrer Herkunftssprache. So entsteht ein Austausch und eine thematische Auseinandersetzung unter Personen mit ähnlichem Hintergrund. Zumeist begleitet eine Lehrperson diese Diskussion als «Beobachter» und gibt wenn nötig auf schulspezifische Fragen Auskunft. Die Deutsch- und Integrationskurse für Frauen und auch die «Deutschkurse für Mutter und Kind» sind Teil der Elternarbeit. Sie finden bewusst in schulischen Räumlichkeiten statt, um die Schwellenangst gegenüber der Schule abzubauen und um die Zusammenarbeit von Schule und Eltern zu fördern. Zur Zeit führt FABIA 23 Kurse für Frauen und vier Kurse für Mutter und Kind durch. Vor allem in ländlichen Gebieten ist dieses Angebot ein wichtiger Beitrag zur Integration der Eltern und zu einem besseren Verständnis von Schule und Eltern.

Im Rahmen der Weiterbildungsangebote für Lehrpersonen bietet FABIA Kurse zur Zusammenarbeit mit Migranteneltern an. Zudem haben diese die Möglichkeit, sich bei Schwierigkeiten oder Konflikten im schulischen Bereich von der FABIA beraten zu lassen. FABIA versucht so zu Lösungen beizutragen, die im Interesse aller Beteiligten sind.

Begleitung und Beratung von Schulen und Schulteams

FABIA unterstützt und berät Schulteams punktuell oder über eine längere Zeit hinweg bei Integrationsfragen, den Umgang mit Sprachenvielfalt, die Zusammenarbeit mit Migranteneltern und führt Fallbesprechungen durch.

Zusammenarbeit und Weiterbildung von interkulturellen Vermittlerinnen und Vermittlern

FABIA arbeitet bei Elterninformationsabenden mit interkulturellen Vermittlerinnen und Vermittlern zusammen, welche nicht nur in ihrer Migrationsgemeinschaft anerkannt und geachtet sind, sondern sich auch Fähigkeiten und Wissen in den verschiedenen Themenbereichen angeeignet haben. FABIA führt

für sie periodisch Weiterbildungsveranstaltungen durch.

Die Zusammenarbeit von Schule und Migranteneltern verläuft in den allermeisten Fällen problemlos. Eine wirkungsvolle Zusammenarbeit von Schule und zugewanderten Eltern, um gleichermassen die schulische und berufliche Chancengleichheit des Kindes und die gesellschaftliche Integration der Eltern zu fördern, kann aber noch verbessert werden. Hier bleibt noch vieles zu tun.

Informationen zur FABIA sind zu finden unter www.fabialuzern.ch.

«Mami, in welche Klasse gehst du?»

Neusa Carvalho Lopes kam vor achtzehn Jahren aus Portugal in die Schweiz. Gefunden hat sie neben einem Job in der Hotellerie-Branche auch ihre grosse Liebe, ebenfalls ein portugiesischer Gastarbeiter. In Luzern kamen ihre drei Kinder zur Welt. Als diese eingeschult wurden, besuchte Neusa Carvalho Lopes bei der Beratungsstelle FABIA einen Deutsch- und Integrationskurs. Wegen ihrer Kinder und um die Welt um sich herum besser zu verstehen. Wir wollten wissen, wie es ihr dabei ergangen ist.



Endlich richtig angekommen: Seit dem Sprachkurs fühlt sich die gebürtige Portugiesin Neusa Carvalho Lopes in Luzern selbstständiger.

Frau Carvalho Lopes, wie kamen Sie dazu, einen Integrationskurs bei FABIA zu besuchen?

Die Kinder brauchen meine Hilfe, aber wenn ich nicht Deutsch spreche, ist das Helfen schwierig. Zudem kann ich mich jetzt im Alltag besser verständigen und habe mehr Kontakt zu anderen Menschen. Gleichzeitig ist es mir auch wichtig, dass die Kinder Portugiesisch sprechen. Als sie in der Spielgruppe waren, sah ich den Kurs-Aushang in der Schule. Er war auf Portugiesisch verfasst, so dass ich ihn ver-

stehen konnte. Die Kurskosten waren niedrig, und die Kurszeiten waren so gelegen, dass ich den Kurs besuchen konnte. Wenn der Lohn klein ist und die Tage lang sind, ist es schwierig, einen geeigneten Kurs zu finden – aber dieser war es.

Sie gingen während der Kurszeit auf dieselbe Schule wie Ihre Kinder. Wie erlebten Sie das?

Meine Kinder freuten sich, dass wir die gleiche Schule besuchten. Sie fragten mich: «Mami, in welche Klasse gehst du?» Im

Deutschkurs lernten wir Wichtiges über die Schule. Beispielsweise wie das Notensystem funktioniert, oder was eine Sportwoche ist. Daneben erfuhr ich viel Neues über die Schweiz. Unsere Lehrerin war sehr motivierend. Wenn wir die Wörter nicht verstanden, hat sie diese mit Händen und Füssen erklärt. Manchmal hüpfend oder singend.

Was ist Ihnen vom Unterricht in spezieller Erinnerung geblieben?

Die Menschen, die ich kennen gelernt habe. Das war eine wichtige Erfahrung für mich. Neben den Informationen zur

«Respekt ist das Wichtigste.»

Schweiz habe ich auch Spannendes über Sri Lanka, über den Kosovo und andere Länder erfahren. Und gleichzeitig war es schön, dass sich andere für meine Geschichte und für meine Heimat interessiert haben.

Hat sich in Ihrem Alltag seit dem Deutsch-Integrationskurs etwas verändert?

Ja, sehr viel. Beispielsweise die Elternabende. Es war mir immer unangenehm, wenn wir dort Dolmetscher brauchten. Dinge, die meine Kinder betreffen, bespreche ich am liebsten direkt. Deshalb bin ich froh, dass das jetzt möglich ist. Seit dem Kurs kann ich auch die Info-Blätter der Schule lesen. So erfuhr ich beispielsweise, dass ein Kindertag bevorsteht, für welchen Eltern zur Mithilfe gesucht wurden. Ich habe gerne zugesagt. Ein andermal, in der Adventszeit, kam ich an die Schule, um über die Weihnachtstraditionen in Portugal zu berichten. Allerdings kann der Deutschkurs nicht alle Probleme lösen. Sprache lernen und Integration findet beides im Alltag statt. Dabei ist Respekt das Wichtigste – von allen Beteiligten.

Interview: Vera Sperisen

Ein Bericht aus dem Fachbereich Interkulturelle Erziehung des BKS

Schulische Integration Anderssprachiger

Priska Furrer **Schulische Integrationsförderung setzt die Zusammenarbeit vieler Beteiligten voraus. Bildungsfachleute in der kantonalen Verwaltung arbeiten bei der Entwicklung neuer Lösungsansätze mit – durchsetzen aber muss sie die Politik mit ihren verschiedenen Instanzen.**



Nur ein Zusammenspiel vieler Beteiligten ermöglicht schulische Integration von Migrantenkindern.

Warum kann der Kanton das nicht?», ist eine Frage, die ich als Mitarbeiterin des Departements Bildung, Kultur und Sport des Kantons Aargau immer wieder höre. Ein Beispiel: Warum kann er nicht den Einsatz von interkulturellen Übersetzern und Übersetzerinnen an Schulen bezahlen? Schliesslich empfehlen wir vom

Fachbereich Interkulturelle Erziehung ja den Lehrpersonen, das Gespräch mit den anderssprachigen Eltern zu suchen und kompetente Übersetzende beizuziehen. Warum also übernehmen wir nicht auch die Bezahlung?

Kanton setzt Rahmenbedingungen

Der Grund dafür liegt in der institutionellen Form der Politik, konkret: in der vorge-

gebenen Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden. An diese sind auch die kantonalen Departemente gebunden, was heisst, dass sie nur Aufgaben übernehmen dürfen, für die sie einen gesetzlichen Auftrag – und ein bewilligtes Budget – haben. Die Kompetenzen des Kantons im Bildungsbereich liegen vor allem im Setzen von Rahmenbedingungen. Dazu gehören etwa die Lehrpläne, die Gliederung in ver-

schiedene Schulstufen und -typen oder die Selektionsverfahren. Im Aargau ist es das kantonale Departement Bildung, Kultur und Sport, das den Schulen die Unterrichtspensen zuteilt – dies gilt beispielsweise auch für die Förderangebote in Deutsch als Zweitsprache. Und es ist der Kanton, der die Qualitätsentwicklung steuert, beispielsweise durch Schulleitungen und durch das kantonale Qualitätsmanagement. Die eigentlichen «Schulträger»

aber sind die Gemeinden. Alle schulischen Aufgaben, die nicht gesetzlich dem Kanton zugewiesen sind, liegen deshalb bei ihnen. Inwiefern also die Bezahlung von Übersetzungen in den schulischen Budgets vorgesehen ist, muss unter den jetzigen Bedingungen in der Gemeindepolitik vor Ort ausgehandelt werden. Die Integration von Migrantinnen und Migranten ist ein aktuelles Thema mit viel Medienpräsenz. So bestimmen seit ein paar Jahren medial gross aufbereitete Studien und Forschungsergebnisse die Themensetzung. Zu erinnern sei hier nur an den ersten «PISA-Schock», durch den die schlechten Bildungschancen eines Teils der Lernenden aus anderssprachigen und/oder sozial benachteiligten Schichten auf einmal zum öffentlichen Thema wurden. Seither stossen auch andere Daten auf vermehrtes Interesse. Etwa die Überrepräsentation von Anderssprachigen in Schultypen mit geringen Leistungsanforderungen oder in Sonderklassen.

Statt «Glaubensüberzeugungen» datengestützte Erkenntnisse

Die Problemlage scheint unumstritten, was aber sind die richtigen Lösungsrezepte? Für Verantwortliche und Mitarbeitende in Bildungsdepartementen ist das eine entscheidende Frage. Denn es gehört mit zu ihren Aufgaben, Erfolg versprechende Wege der Entwicklung aufzuzeigen und andere von den vorgeschlagenen Lösungen zu überzeugen. Bei der departementsinternen Meinungsbildung genauso wie bei der Argumentation gegen aussen wird



Integration ist auf staatliche Unterstützung angewiesen.

es heute immer mehr zur Regel, dass mit datengestützten Erkenntnissen argumentiert wird. Nicht selten widersprechen diese lange gehegten «Glaubensüberzeugungen».

Nicht alles fachlich Erwünschte findet politische Zustimmung.

Wegweisend für den Diskurs der letzten Jahre war etwa eine Reihe von Untersuchungen zu den Prozessen und den Auswirkungen der Selektion und Separation. So wurde der Finger auf die Zufälligkeiten von Notengebung

und Selektion gelegt und nachgewiesen, dass Separation negative Effekte auf die Leistung der Ausgesonderten hat. Andere Studien zeigten die Wichtigkeit der Zeit vor der Einschulung oder die positive Wirkung von Betreuungsangeboten auf. Nicht zu unterschätzen in ihrer Wirkung auf die Meinungsbildung sind aber auch Anliegen aus der Praxis, etwa dass Schulen mehr Ressourcen erwarten für ihre Aufgabe, die sie zunehmend als schwierig empfinden.

Fördermassnahmen und Widerstände

Die gezogenen Konsequenzen können in grundlegende Reformprojekte wie das Aargauer «Bildungskleeblatt» oder in bescheidenere Projekte einfließen. Ein Schritt in Richtung vorschulische Förderung sind etwa die Mutter-Kind-Deutschkurse für Immigrantinnen und ihre vorschulpflichtigen Kinder, die in vielen Aargauer Gemeinden angeboten werden.

Neben den Teilnehmerinnen, dem Bund und den Gemeinden leistet auch der Kanton einen regulären Beitrag. Aber nicht alles, was fachlich wünschbar ist und vom Departement BKS vorgeschlagen wird, findet auf dem Weg durch die Instanzen auch Zustimmung. So wurde die finanzielle Förderung der Schulsozialarbeit vom Grossen Rat anlässlich der Revision des Schulgesetzes 2004 abgelehnt.

Deshalb zum Schluss noch ein Blick auf die häufigsten

Gegenpositionen. Erfahrungsgemäss sind finanzielle Überlegungen besonders ernst zu nehmende «Knackpunkte». Neue oder veränderte Aufgaben, die mit höheren Kosten verbunden sind, haben es im politischen Prozess schwer. Ausser Betracht fallen bei dieser Sicht jedoch gerne die langfristigen Folgekosten, die aus dem Nichtstun entstehen können. Das Sparargument ist oft verknüpft mit einer grundsätzlich skeptischen Haltung gegenüber Regelung und Lenkung durch den Staat. Gerade bei den integrationspolitisch gut begründeten Anliegen, schon im Vorschulbereich und bei den Betreuungsangeboten aktiv zu werden, wird diese Skepsis durch traditionelle Wertvorstellungen zu Familie

Aus dem Nichtstun können langfristige Folgekosten entstehen.

und Mutterrolle noch verstärkt. Ganz allgemein wurde die politische Meinungsbildung zu Fragen der Integration lange von der Vorstellung beherrscht, dass sich gesellschaftliche Integration im Laufe

der Zeit und der Generationenfolge von selber und ohne substanzielles staatliches Engagement einstelle. Die Realität bestätigt diese Erwartung kaum. Diese Erkenntnis scheint sich allmählich durchzusetzen – vielleicht sogar über die ganze Breite des politischen Spektrums.



Dr. Priska Furrer ist Turkologin/ Islamwissenschaftlerin und Leiterin des Fachbereichs Interkulturelle Erziehung, Departement Bildung, Kultur und Sport des Kantons Aargau.

Mitbestimmung erfolgreich umgesetzt

Die Just Community der Schule Brühl in Solothurn

Matthias Lüthy **Wie lässt sich in einem schwierigen Umfeld erfolgreich Schule halten? Die Schule Brühl fand die Antwort in der Partizipation. Sie hat in den letzten zwölf Jahren über siebzig Vollversammlungen abgehalten.**

Die Schule Brühl wurde 1991 in der Solothurner Weststadt eröffnet. Die Schule liegt inmitten eines Quartiers, das einen hohen Ausländeranteil aufweist und in dem viele sozial benachteiligte Menschen leben. Das Team entwickelte ein Schulleitungsmodell,

welches diesem Umfeld Rechnung trägt. Als Ziele wurden unter anderen folgende zwei Punkte formuliert:

- Mitbeteiligung aller Betroffenen an der Gestaltung der Schule – also auch der Kinder und der Eltern.
- Die Kinder sollen sich durch gemeinsame Aktivitäten und Anlässe auch

ausserhalb der Klassenzimmer begegnen können, so dass sie sich als Teil der Schulgemeinschaft verstehen lernen.

Vollversammlung: Markenzeichen und Teil der Schulphilosophie

In einem ersten Schritt wurden in allen Klassen wöchentliche Klassenräte einge-



In zwölf Jahren hat die Schule Brühl über siebzig Vollversammlungen abgehalten.



Die Just Community ermöglicht sozial benachteiligten Schulkindern mehr Chancengleichheit.

Vollversammlungen sind aus dem Brühl nicht mehr wegzudenken.

führt. Seit 1995 finden pro Schuljahr rund sieben Vollversammlungen statt. Diese wurden zum festen Bestandteil der Schulkulturs und sind aus dem Brühl nicht mehr wegzudenken. Rund alle vier bis sechs Wochen treffen sich Schülerinnen, Schüler und Lehrpersonen in der Aula zur Vollversammlung. Neben dem Zusammenkommen im Plenum werden in klassen- und altersgemischten Arbeitsgruppen Lösungen bei Konflikten gesucht und Fragen zur Gestaltung des Schullebens diskutiert. Stehen keine aktuellen Themen an,

werden auch Dilemmadiskussionen oder Spiel- und Erlebnismittage durchgeführt. Die Vollversammlungen werden von einer Gruppe von interessierten Kindern und Lehrpersonen vorbereitet und moderiert. Das Fairness-Komitee, welches sich aus Vertreterinnen und Vertretern der einzelnen Klassen zusammensetzt, wacht über die Einhaltung der getroffenen Abmachungen.

Ziele und schulrelevante Aspekte der Vollversammlung sind:

- Partizipation
- Sozialisation
- Interaktion und Kommunikation
- Gewaltprävention
- Konfliktbewältigung
- Moralische Erziehung
- Politische Bildung
- Kinderrechte
- Ritual

Eine Auswahl von Vollversammlungensthemen der letzten Jahre:

- Pause: Pausenregeln erarbeiten, einen Friedensplatz einrichten, Spielideen suchen
- Umgestaltung des Schulhausgartens
- Zukunftswerkstatt nach Robert Jungk
- Gewalt und Mobbing: Umgangsformen wurden vereinbart
- Abfall: Sensibilisierung der Kinder und Lösungssuche für das Abfallproblem.

Literatur

- Garz, Detlef (1996): Lawrence Kohlberg zur Einführung, Hamburg: Junius (Zur Einführung; 135).
- Grunder, Hans-Ulrich et al. (2006): Gemeinschaft – Ethos – Schule. Eine praxisnahe Einführung für Ausbildung und Fortbildung, Weinheim: Beltz (Philosophie und Ethik unterrichten; 4).
- Steiner, Manuela (2001): Just Community oder eine Schule fürsorglich und gerecht gestalten. Ein pädagogisches Schulentwicklungsprojekt im Rahmen von Schule mit Profil an der Primarschule Udligenswil, Luzern: LWB.

Gelebte Basisdemokratie: Das Just-Community-Modell

Just Community ist ein basisdemokratisches Mitbestimmungsmodell, welches vom amerikanischen Psychologen und Pädagogen Lawrence Kohlberg um 1970 entwickelt wurde. Alle Mitglieder einer Gemeinschaft (z.B. Schule oder andere Institution) sollen an der Entwicklung und Gestaltung der Gemeinschaft beteiligt werden. Das Zusammenleben innerhalb der Gemeinschaft wird nicht durch Reglemente geregelt, sondern in einem basisdemokratischen Prozess ausgehandelt. Dabei erleben sich alle Mitglieder als Teil der Gemeinschaft mit gleichen Rechten und Pflichten und übernehmen Mitverantwortung für das Leben innerhalb der Gemeinschaft. Auftretende Konflikte sollen auf eine offene und faire Art gelöst werden, und über Wertfragen soll eine Auseinandersetzung stattfinden.



Der Primarlehrer **Matthias Lüthy** ist treibende Kraft bei der Realisation des Just-Community-Modells an der Schule Brühl in Solothurn.

Wie Schulleitungen Teilhabe fördern können

Schule und Partizipation

Karin Frey **Schulleitungen, die Partizipation an ihren Schulen fördern und als feste Komponenten des Schullebens verankern, tun damit weit mehr, als sich gesellschaftspolitisch zu engagieren. Untersuchungen und Analysen über wirksame und gute Schulen (effective schools) beschreiben Kooperation und Konsens als wichtige Faktoren für deren Qualität. Diese entstehen massgeblich durch eine partizipative Schulkultur. Dabei geht es um die Ermöglichung der Teilhabe und darum, Bedingungen zu schaffen, die alle Betroffenen zur Partizipation befähigen.**



Schulleitungen können Kindern und Jugendlichen mehr schulische Mitgestaltung ermöglichen.

Im Folgenden wird gezeigt, wie Schulleitungen mit einem Set vernetzter und auf einander abgestimmter Strategien schulische Entwicklungen vor diesem Hintergrund wirksam und nachhaltig gestalten und steuern können. Die Überlegungen gründen einerseits auf

pädagogischer Grundlagenliteratur, die z.B. neue Konzepte zur pädagogischen Schulentwicklung unter der Perspektive der Qualifizierung der Akteure beschreibt (Aurin 1998, Wenzel 1998), andererseits auf Managementliteratur. Die Entwicklung der Unternehmenskultur beschäftigt seit

den 1990er Jahren breite Kreise von Organisationsfachleuten – und viele von ihnen setzen auf Partizipation als Erfolgsfaktor (z.B. Schein 1992, Simon 2001). Die hier beschriebenen Anregungen können unter zweierlei Perspektiven gelesen werden: Zum einen kann Partizipation



Schulische Partizipation ist auf Information und Transparenz angewiesen.

Inhalt eines Entwicklungsprojektes sein (Entwicklungsschwerpunkt: Partizipation), oder aber sie kann als Transportmittel für die Implementierung eines anderen Inhaltes dienen (z.B. Entwicklungsschwerpunkt: Integrative Schulform).

Leadership

Bei jedem Veränderungsprozess ist es zentral, dass gemeinsame Problem- und Zieldefinitionen erfolgen, wobei es hilft, wenn der Veränderungsdruck für alle spürbar ist. «Nobody likes change except a wet baby»: Schulleitungen sollten bedenken, dass Veränderungen oft auf Widerstand stossen. Daher sollten sie den jeweiligen Veränderungsgrund glaubwürdig kommunizieren. Sie definieren Ziele, die herausfordern und Lösungen versprechen. Sie begeistern für das Neue und setzen Attraktoren. Denn Gewinn und Nutzen durch das Neue müssen greifbar werden.

Gewinn und Nutzen müssen greifbar sein.

Schulleiterinnen unterstützen die Chancen der Vorhaben, indem sie die Lehrpersonen an ihren Visionen teilhaben lassen. Sie zeigen, dass sie erfolgte Veränderungen wahrnehmen, und sie geben Feedback. Sie benennen Modelle guter Praxis vor dem Kollegium, vor Eltern und Schülerinnen und verleihen damit dem Projekt Schwung.

Einbezug

Schule vermittelt nebst den Sachinhalten auch normative Orientierung. Diese beruht auf geteilten Werten, die auch verbinden.

Dieser Konsens will aber zuerst geschaffen werden. Dafür braucht es Kommunikationsräume, wo sich Lehrpersonen, Eltern, Schülerinnen und Schüler vernetzen

können. Die Schaffung bereichsübergreifender Anlässe (z.B. Workshops und Konferenzen mit hoher Eigenaktivität der Beteiligten) innerhalb der Schule, wie auch informeller Anlässe mit Eltern und

weiteren an der Schule Beteiligten, bietet Raum für Durchmischung und Austausch. So kann eine gemeinsame Basis für die Zusammenarbeit geschaffen werden. Zentrale Voraussetzung für Teilhabe – und damit auch für Übernahme von Verantwortung – ist Wissen. Einbezug wird dann fruchtbar, wenn die Beteiligten durch die Schulleitung über Ziele, Zweck und Inhalte von Vorhaben informiert werden. Informationen kommen an, wenn sie nach Zielgruppen differenziert werden und wenn die Schulleitung darauf achtet, verstanden zu werden. Je vielfältiger und reichhaltiger die Teilgruppen einer Schule sind, desto vielfältigere und unterschiedlichere Räume für Austausch braucht es.

Strukturen schaffen

Teilhabe und Beteiligung erfordern Strukturen und Kommunikation. So wird Schülerinnenpartizipation durch die Schaffung von Klassen- und Schülerinnenräten ermöglicht, die im Schulleben verankert sind. Konzepte zur Eltern- und



Schülerpartizipation mit definierten Verbindlichkeiten schaffen Sicherheit und signalisieren Verlässlichkeit.

Es ist Aufgabe der Schulleitung, regelmäßig und immer wieder aufs Neue über Inhalte, aber auch über bestehende und zu benutzende Austausch- und Mitwirkungsgefäße, zu informieren.

Die Partizipationsbereitschaft des Kollegiums wird durch die Installation differenzierter Zusammenarbeitsformen gefördert. Dabei kann unterschieden werden zwischen Orten der Information, der Diskussion, Mitsprache, Mitentwicklung, Mitentscheidung oder alleiniger Entscheidung. Konferenzzeit ist wertvolle Zeit. Es empfiehlt sich, diese für den Austausch zu nutzen und Informationen wo immer möglich schriftlich abzugeben.

Fordern und fördern

Partizipation will gelernt und geübt sein. Die Schaffung partizipativer Räume für Eltern und Kinder wie auch die Befähigung von Schülerinnen und Schülern stellt für

viele Lehrpersonen eine Herausforderung dar. Die Schulleitung kann den Prozess unterstützen, indem sie den Entwicklungsstand, die auftretenden Schwierigkeiten sowie Erfolge des Vorhabens anlässlich von Reflexionssitzungen und im Rahmen von Mitarbeitergesprächen thematisiert. Wenn sie den Unterstützungsbedarf ermittelt hat, zieht sie Beratungspersonen bei oder vermittelt individuelle Lern- oder Entwicklungsmöglichkeiten.

Es empfiehlt sich, Weiterbildungsveranstaltungen oder Workshops für alle zu vermeiden, wenn differenzierte Unterstützungsmöglichkeiten zielgenau eingesetzt werden können.

Bei ungenügenden Leistungen Einzelner trifft die Schulleiterin mit diesen individuelle Zielvereinbarungen und überprüft diese. Damit unterstreicht sie die Bedeutsamkeit der Ergebnisse und sorgt für Qualität.

Multiplikatoren einsetzen

In jedem Schulhaus gibt es Lehrpersonen, die mit Klassenräten Erfahrungen haben oder die Eltern geschickt einzubinden verstehen. Diese Ressourcen gilt es zu nutzen, den entsprechenden Lehrpersonen den Besuch vertiefender Weiterbildungsangebote zu ermöglichen und Gelegenheiten zu schaffen, wo sie ihr Wissen weitergeben können. Job-Enrichment ist Burnout-Prophylaxe für engagierte, erfolgreiche Lehrpersonen und erhöht deren Berufszufriedenheit.

Auch bei Entwicklungsprojekten zu Themen wie Integrativer Schulung können erfahrene Lehrpersonen, mit erwiesenermaßen erfolgreicher Praxis, in die Begleitung und Anleitung von Kolleginnen und Kollegen einbezogen werden.

Schwerpunktsetzung / Kampagnen

Schulen sind mit einer Vielzahl von Anforderungen konfrontiert, etliche Veränderungsprozesse laufen parallel. Es ist Aufgabe der Schulleitung, Transparenz zu schaffen, Schwerpunkte zu setzen und die Aktivitäten zu vernetzen. Die Planung der Weiterbildungsmaßnahmen orientiert sich folglich auch an den übergeordneten Veränderungsprozessen. Die Schulleitung legt diese – wo immer möglich in Kooperation mit den Betroffenen – fest und kommuniziert, welcher Grad von Umsetzung für alle verbindlich ist. Sollen beispielsweise Strukturen die Teilhabemöglichkeit aller unterstützen, müssen Gefäße wie Klassenrat oder Elternforen flächendeckend

vorhanden sein und von allen Zuständigen sorgfältig gepflegt werden. Es wirkt motivierend, wenn die Beteiligten ihre Wirksamkeit erleben und die Schulleitung Erfolge öffentlich macht.

Zur Orientierung ist es hilfreich, wenn das Motto, das über allen Bestrebungen steht, sichtbar ist und immer wieder ins Bewusstsein gebracht wird, beispielsweise durch Symbole, Bilder oder Textbotschaften.

Vernetzung

Die Schulleitung hat den Überblick über alle laufenden Projekte. Sie sorgt für Akzeptanz, wenn sie Verständnis für den

Stellenwert einzelner Massnahmen schafft und vorhandene Verbindungen kommuniziert. Sie ermöglicht Vernetzung, wenn sie auch themenübergreifende Anlässe einplant – gerade wenn verschiedene

Untergruppen parallel zu unterschiedlichen Themen arbeiten.

Schulleitungen können Teilhabe fördern, indem sie vorangehen und einbeziehen, differenzieren und vernetzen, langfristig planen und im Moment flexibel auf Menschen eingehen. Damit ermöglichen sie nicht nur Partizipation, sondern sie sind auch Modell dafür, wie man Menschen zur Teilhabe befähigt.

Literatur

- *Aurin, Kurt* (1998): Konsens und Kooperation – Strukturelemente demokratisch gestalteter Schulkultur, in: Keuffer, Josef et. al. (Hg.): Schulkultur als Gestaltungsaufgabe. Partizipation – Management – Lebensweltgestaltung, Weinheim: Deutscher Studienverlag, S. 118–137.
- *Schein, Edgar* (1992): Unternehmenskultur. Ein Handbuch für Führungskräfte, Frankfurt/M.: Campus.
- *Simon, Hermann* (Hg.) (2001): Unternehmenskultur und Strategie. Herausforderungen im globalen Wettbewerb, Frankfurt/M.: Frankfurter Allgemeine Zeitung.
- *Wenzel, Hartmut* (1998): Neue Konzepte zur pädagogischen Schulentwicklung und Qualifizierung der Akteure, in: Keuffer, Josef et. al. (Hg.): Schulkultur als Gestaltungsaufgabe. Partizipation – Management – Lebensweltgestaltung, Weinheim: Deutscher Studienverlag, S. 241–259.



Karin Frey ist Dozentin für Didaktik und Weiterbildung an der Pädagogischen Hochschule FHNW; einer ihrer Arbeitsschwerpunkte ist Schulkultur.

«Partizipation erfordert einen Kulturwandel»

Hildy Marty berichtet von ihrer Arbeit als Ko-Leiterin von Mega!phon, einer Zürcher Fachstelle zur Förderung von schulischer Partizipation von Kindern und Jugendlichen.

Meine Stelle wurde geschaffen, um ein Konzept für mehr Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Schulen umzusetzen. Der Gemeinderat setzte eine dreijährige Frist, um diesen Plan – Weiterbildung, Bereitstellung von Materialien, Beratung, Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung der Schulen zwecks Erfahrungsaustausch – zu realisieren. Partizipation wurde im Rahmen des Umbaus zu geleiteten Schulen in die Leitbilder der Schulen aufgenommen und ist damit ein Schulentwicklungsauftrag.

Breites Angebot

Unter dem Titel «Partizipation – Mitwirken in der Schule» haben wir eine sieben-teilige Weiterbildungsreihe zu verschiedenen Schwerpunktthemen organisiert. Ursprünglich für Schulleitungen gedacht, ist dieses Angebot auch bei weiteren Schulteammitgliedern auf grosses Interesse gestossen. Ein Praxisleitfaden sowie zwei Filme – ein kurzer zum Thema «SchülerInnenparlament» sowie einer speziell zum «Klassenrat» – sollen Lehrpersonen aller Stufen beim Ausbau der Partizipation ihrer Schülerinnen und Schüler unterstützen. Gemeinsam mit Pro Juventute haben wir deren Impulstage «Kinder lernen ihre Rechte kennen» den Schulen angeboten. Wanderlehrkräfte gestalten dabei einen Tag zu Kinderrechten, entweder mit einzelnen Klassen oder via SchülerInnenrat mit der ganzen Schule. Und schliesslich erhalten mit der Kinderzeitung, die zweimal jährlich von Kindern für Kinder gemacht und in den Zürcher Schulen verteilt wird, auch sie selbst eine Stimme.

Engagement und Unsicherheit

Ein aus sieben Praxisfachleuten bestehender Beratungspool kann zudem die Schulen individuell bei der Weiterentwicklung ihrer SchülerInnenpartizipation beraten.



FOTO: YVONNE LEIMGRUBER

Hildy Marty ist Primarlehrerin und hat Germanistik, Publizistik und Pädagogik studiert. Sie war in der Suchtprävention tätig und ist seit 2005 Ko-Leiterin von Mega!phon.

Dieses Angebot wurde bereits von einem Drittel der städtischen Schulen genutzt. Nachdem ich den Stand der Partizipation sowie den Beratungsbedarf der Schule geklärt habe, vermittele ich eine geeignete Beratungsperson. Diese arbeitet mit der

Schulleitung und/oder der entsprechenden Q-Gruppe und wirkt oft auch bei einer Weiterbildung für das ganze Team mit. Ungefähr drei Monate nach der Beratung wird ein Schlussgespräch geführt, um die Nachhaltigkeit der Intervention zu fördern.



Damit die Sache auch wirklich rund läuft: Mega!phon unterstützt Schulen auf ihrem Weg zu mehr Mitbestimmung für Kinder.

Ein anschliessendes Feedback der betroffenen Schulleitung zeigt uns den erreichten Erfolg auf. Das Beratungsteam trifft auf sehr engagierte Lehrpersonen. Teilweise haben Lehrerinnen und Lehrer aber auch Ängste und Bedenken, Kontrolle abzugeben, oder sie fühlen sich durch zusätzliche Aufgaben und Ansprüche überlastet. Ein eigentlicher Kulturwandel ist nötig: weg vom spontanen Handeln in der Klasse, hin zum Wirken im Schulteam. Partizipation muss in den schulischen Entwicklungsprozess integriert werden und bedarf bestimmter Strukturen und Haltungen, die auch für den Unterricht qualitätsfördernd sind. Wir versuchen, dies anhand guter

Beispiele aufzuzeigen. Die dreijährige Realisierungsphase ist nun abgeschlossen. Weil Partizipation aber auch im neuen Volksschulgesetz des Kantons Zürich als Umsetzungsthema festgeschrieben ist,

wird das Schul- und Sportdepartement die Schulen dabei weiter unterstützen.»

Aufgezeichnet: Yvonne Leimgruber

Mega!phon

1997 ratifizierte die Schweiz die UNO-Kinderrechtskonvention, worauf die Stadt Zürich das Recht der Kinder auf Mitsprache und Mitentscheidung umsetzen wollte. Dieser öffentliche Auftrag wird seit 2000 mit dem Projekt Mega!phon verfolgt. Es wird getragen vom Sozialdepartement und dem Schul- und Sportdepartement. Gemeinsam mit lokalen Partnern wie etwa der Gemeinwesen- und Jugendarbeit, der Schule oder Baugenossenschaften realisiert Mega!phon Projekte, mit welchen Partizipation in Schulen und Quartieren nachhaltig verankert werden soll. Weitere Informationen unter www.megaphon.ch.

Das Zentrum für Demokratie Aarau soll zu einer demokratischen Gesellschafts- und Politikkultur beitragen

Ein Zentrum für die Demokratie

Yvonne Leimgruber **«Volksbildung ist Volksbefreiung»: In seiner programmatischen Rede von 1836 brachte Heinrich Zschokke auf den Punkt, was Politische Bildung anstrebt. Am früheren Wirkungsort des Volksaufklärers, der Aaraauer Blumenhalde, ist das Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) eröffnet worden. Hier werden Fragen der Demokratietradition und -entwicklung bearbeitet.**



Die Blumenhalde, einst Wohnhaus des Volksaufklärers Heinrich Zschokke, beherbergt seit kurzem das Zentrum für Demokratie Aarau.

Der aus Magdeburg stammende Aufklärer und Volksschriftsteller Heinrich Zschokke (1771–1848) liess sich in Aarau nieder, wo er 1817 die Blumenhalde bauen liess. Dieses Privathaus war zugleich Ausbildungsstätte und Begegnungsort aufklärerischer und liberaler Geister, ein Ort bildungspolitischer Impulse. Vor einigen Jahren wurde es zu einem Standort der Pädagogischen Hochschule umgebaut.

Nun findet diese bildnerische Tradition eine weitere Fortsetzung: Die Aaraauer Stimmberechtigten beschlossen im vergangenen Sommer, in der Blumenhalde

Wirksame Mittel der Politik-Vermittlung aufzeigen.

ein Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) einzurichten. Dieses Zentrum soll zum Nachdenken über die Grundwerte der Demokratie anregen und Impulse zu ihrer Weiterentwicklung geben. Neben dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Zürich und dem Forschungs- und Doku-

mentationszentrum für Direkte Demokratie c2d, ebenfalls Universität Zürich (vormals Universität Genf), ist das Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik der PH FHNW seit kurzem in der Neugründung tätig. Damit besteht die Chance, im interdisziplinären Austausch Beiträge an eine demokratische Gesellschafts- und Politikkultur sowie an die schulische Demokratieerziehung zu leisten.

Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik

Das ins ZDA integrierte Zentrum Politische Bildung und Geschichtsdidaktik untersucht die konkrete Unterrichtsrealität und ist bestrebt, wirksame didaktische Mittel der Politik-Vermittlung aufzuzeigen. Zudem werden Entwicklungsprodukte für die schulische Praxis erarbeitet. So informiert die Website www.politischebildung.ch (vgl. Rückseite von «Polis») über Form, Zielsetzungen und Inhalte Politischer Bildung. In das Lerntool www.politikzyklus.ch (ab März online) fliessen Erkenntnisse eines universitären interdisziplinären Forschungsprogramms ein. Das Zentrum war zudem an der Kreierung des für die Schweiz neuartigen Schulbuchs «Politik und Demokratie – leben und lernen» beteiligt. Die am Zentrum erarbeiteten Erkenntnisse sollen direkt für die schulische Praxis verwertet werden, beispielsweise im Rahmen des Pflichtwahlfaches «Didaktik der Politischen Bildung» für Studierende der PH. Zudem führt das Zentrum jährlich eine Tagung für Lehrpersonen durch, um ihnen Inputs für den Unterricht zu vermitteln (vgl. Tagungshinweis «Demokratie und Partizipation», S. 25). Die Tradition einer auf Demokratie angelegten Volksbildung wird damit am ZDA weiter geführt.



Dr. Yvonne Leimgruber ist Historikerin und Erziehungswissenschaftlerin. Sie ist als wissenschaftliche Mitarbeiterin am ZDA tätig.

Veranstaltungshinweis auf die Weiterbildungstagung vom 29. März 2008

Demokratie und Partizipation – soziales und politisches Lernen

Politische Mündigkeit heisst, Möglichkeiten der Partizipation in Gesellschaft und Staat zu kennen und wahrnehmen zu können. Partizipation ermöglicht Bedürfnisse, Interessen und Werte zu vertreten, ihre Wahrung mit anderen auszuhandeln. Partizipation stärkt den friedlichen, respektvollen und demokratischen Umgang in Schule, Gesellschaft und Staat.

Die Tagung richtet sich an Schulleitungs- und Lehrpersonen, die in ihrer Schule bzw. Klasse Bedingungen und Strukturen schaffen wollen, die eine Partizipation aller Beteiligten im Sinne sozialen und politischen Lernens ermöglichen und unterstützen. Die Workshops sind auf alle Schulstufen ausgerichtet.

Samstag, 29. März 2008, 10.30–15.30 Uhr

Ort:

Institut Forschung und Entwicklung,
Kasernenstrasse 20, Aarau

Organisation:

Pädagogische Hochschule FHNW
Institut Forschung und Entwicklung
Institut Weiterbildung und Beratung

Leitung:

Prof. Dr. Béatrice Ziegler,
Pädagogische Hochschule FHNW

Kosten:

Fr. 160.–

Anmeldung:

www.fhnw.ch/ph/iwb/veranstaltungen

Anmeldeschluss:

20. Februar 2008 (online),
bis 14. März an yvonne.leimgruber@fhnw.ch

Information:

Dr. Yvonne Leimgruber
wissenschaftliche Mitarbeiterin
062 832 02 60
yvonne.leimgruber@fhnw.ch

Eröffnungsreferat

Prof. Dr. Roland Reichenbach

Schule als polis?

Zu den Ambivalenzen partizipativer Pädagogik

Partizipation wird zu Recht als das Prinzip demokratischer Politik betrachtet, die ihrerseits Ausdruck der Praxis zwischen „Gleichfreien“ ist. Die Symmetriebedingungen sind im schulischen und pädagogischen Feld aber kaum gegeben. Kann Partizipation daher ein Prinzip der Politischen Bildung sein?

Workshops

Hildy Marty

Partizipation – ein Entwicklungsanliegen in unserer Schule

Die Anliegen der Partizipation sind ein Querschnittsthema in der Entwicklung einer Schule.

Wie kann ich als SchulleiterIn den Auf- und Ausbau einer partizipativen Kultur in unserer Schule fördern? Wie kann ich die Teammitglieder bei ihren Bestrebungen zur Umsetzung von Partizipation im Schulalltag unterstützen?

Bruno Rütsche

Erfolgreiche Zusammenarbeit mit Migrantenern

Die Zusammenarbeit mit Migrantenern ist für den Schulerfolg der Kinder von grosser Bedeutung. Wie gestalte ich als Lehrperson die Zusammenarbeit mit Migrantenern erfolgreich?

Der Workshop behandelt Hintergründe zur Situation von Migrantenern und stellt konkrete Lösungsansätze vor.

Matthias Lüthy

Just Community in der Schule Brühl Solothurn

Mit ihrem Just Community-Projekt hat die Schule Brühl das Zusammenleben und das Lernklima in einem schwierigen Umfeld positiv gestaltet. Der Workshop zeigt die Projektentwicklung auf, gibt Einblick in verschiedene Arbeitsgefässe und Aktivitäten und soll Lust und Mut machen, ähnliche Projekte zu entwickeln.



Grundlagen

Themenfelder

Unterricht

Aus- und
Weiterbildung

Schweiz –
International

Links

News
Sitemap
Suche
Kontakt
Impressum

Politische Bildung Schweiz

Sind Sie pädagogisch tätig oder gesellschafts-politisch aktiv und wollen sich über Politische Bildung informieren? Dann sind Sie hier richtig. www.politischebildung.ch offeriert Ihnen Materialien, Informationen und Vernetzungsmöglichkeiten zu Politischer Bildung und Anregungen für den Unterricht.

Aktuell: **Veranstaltungen**, **Publikationen** und **Mitteilungen** sowie Unterrichtsmaterialien zu den **Vorwahlen** in den USA und den **Präsidentschaftswahlen** in Kenia.

AKTUELL
Weiterbildungs-Tagung
«Demokratie und Partizipation»
29. März 2008 in der Reithalle Aarau
Informationen unter
www.fhnw.ch/ph/kurse-und-tagungen

Die Web-Plattform der Deutschschweiz zu Politischer Bildung

- **Für Pädagoginnen und Pädagogen aller Schulstufen**
- **Informationen zu Grundlagen, Form, Ziel und Inhalten der Politischen Bildung**
- **Tipps für Best Practice und Unterrichtsmaterialien**
- **Hinweise auf neue Publikationen und Veranstaltungen**
- **Wichtige Links**

Besuchen Sie uns: **www.politischebildung.ch**